

**Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Soziales, Gesundheit
und Sport**

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Andrea Herschelmann
andrea.herschelmann@kassel.de
Telefon 0561 787 1226
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
W 224a

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und
Sport
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

2. Juni 2015
1 von 2

zur **25.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
lade ich ein für

**Mittwoch, 10. Juni 2015, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Hearing Hausärztliche Versorgung**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. Februar 2015
101.17.1655
- 2. Bilanz Bürgerarbeit**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann
- 101.17.1656 -
- 3. Jägerkaserne**
Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe
- 101.17.1701 -
- 4. Umsetzung TASK**
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Boris Mijatovic
- 101.17.1709 -

- 5. Sportförderung durch die Modellregion Integration**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Bodo Schild
- 101.17.1711 -
- 6. Sporthalle Marbachshöhe**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jutta Schwalm
- 101.17.1716 -
- 7. Langzeitarbeitslosen Zugang zu guter Arbeit gewähren**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann
- 101.17.1719 -
- 8. ALG II-Bezieher*innen als Elternzeitvertretung oder für Krankheitsvertretung vorrangig einstellen**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann
- 101.17.1720 -
- 9. Postversand des Jobcenters**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann
- 101.17.1721 -
- 10. Grenzwerte für die Miete bei Transferleistungsbezieher*innen**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann
- 101.17.1730 -

Mit freundlichen Grüßen

Esther Kalveram
Vorsitzende

Niederschrift über die 25. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am **Mittwoch, 10. Juni 2015, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

29. Juni 2015
1 von 7

Anwesende:

Mitglieder

Esther Kalveram, Vorsitzende, SPD
Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD (Vertretung für Carsten Höhre)
Judith Boczkowski, Mitglied, SPD
Helene Freund, Mitglied, SPD (Vertretung für Barbara Bogdon)
Monika Sprafke, Mitglied, SPD
Birgit Hengesbach-Knoop, Mitglied, B90/Grüne
Yasemin Ince, Mitglied, B90/Grüne
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Anja Lipschik)
Norbert Hornemann, Mitglied, CDU
Bodo Schild, Mitglied, CDU (ab 18:20 TOP 2)
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten

Magistrat

Christian Geselle, Stadtrat, SPD

Schriftführung

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Donald Strube, 2. stellvertretender Vorsitzender, parteilos
Manfred Aul, Vertreter des Seniorenbeirates
Helmut Ernst, Vertreter des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Dr. Uwe Popert, Hausärzteverband
Dr. Klaus Meyer, Gesundheitsnetz Nordhessen e.V.
Frau Elke Dippel-Wickert, AWO Nordhessen
Frau Marianne Schonemann, AWO Nordhessen
Dr. Karin Müller, Gesundheitsamt Region Kassel
Carsten Lotz, Kassenärztliche Vereinigung Hessen
Michael Prochazka, Kassenärztliche Vereinigung Hessen

Tagesordnung:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Hearing Hausärztliche Versorgung | 101.17.1655 |
| 2. Bilanz Bürgerarbeit | 101.17.1656 |
| 3. Jägerkaserne | 101.17.1701 |
| 4. Umsetzung TASK | 101.17.1709 |
| 5. Sportförderung durch die Modellregion Integration | 101.17.1711 |
| 6. Sporthalle Marbachshöhe | 101.17.1716 |
| 7. Langzeitarbeitslosen Zugang zu guter Arbeit gewähren | 101.17.1719 |
| 8. ALG II-Bezieher*innen als Elternzeitvertretung oder für Krankheitsvertretung vorrangig einstellen | 101.17.1720 |
| 9. Postversand des Jobcenters | 101.17.1721 |
| 10. Grenzwerte für die Miete bei Transferleistungsbezieher*innen | 101.17.1730 |

Vorsitzende Kalveram eröffnet die mit der Einladung vom 2. Juni 2015 ordnungsgemäß einberufene 25. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden sowie die Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Weiterhin stellt sie fest, dass
Stadtverordnete Jutta Schwalm, CDU-Fraktion
Frau Andrea Herschelmann, Schriftführung, und
Frau Ute Pähns, Sozialamt
der Veröffentlichung von Film- und Tonaufnahmen ihrer Person nicht zustimmen.

Zur Tagesordnung

Auf Antrag von Stadtverordneter Schwalm, CDU-Fraktion, wird Tagesordnungspunkt

5. Sportförderung durch die Modellregion Integration

Anfrage der CDU-Fraktion
101.17.1711

wegen Abwesenheit des Fragestellers von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Vorsitzende Kalveram stellt die geänderte Tagesordnung fest.

1. Hearing Hausärztliche Versorgung

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. Februar 2015

101.17.1655

Beschluss

In einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport im 1. Halbjahr 2015 sollen Fachkundige zum Thema „Hausärztliche Versorgung in Kassel“ berichten.

Als Fachkundige sollen eingeladen werden

- ein*e Vertreter*in der Kassenärztlichen Vereinigung
- ein*e Vertreter*in des Gesundheitsamtes Region Kassel
- ein*e Vertreter*in des Hausärzterverbandes (Kassel Stadt und Land)
- ein*e Vertreter*in des Weiterbildungsverbands für Allgemeinmedizin im Kasseler Bereich und
- ein*e Vertreter*in der AWO, um als Betreiber mehrerer Pflegeheime die zu erwartende hausärztliche Versorgung dort darzustellen.

Vorsitzende Kalveram begrüßt die geladenen Gäste: Herrn Dr. Uwe Popert, Hausärzterverband, Herrn Dr. Klaus Meyer, Gesundheitsnetz Nordhessen e.V., Frau Elke Dippel-Wickert, Frau Marianne Schonemann, beide AWO Nordhessen, Frau Dr. Karin Müller, Gesundheitsamt Region Kassel sowie Herrn Carsten Lotz und Herrn Michael Prochazka, beide Kassenärztliche Vereinigung Hessen.

Die Gäste geben ihre Statements zu diesem Thema ab.

Im Anschluss erfolgt eine Diskussion mit den Ausschussmitgliedern in deren Verlauf die Fragen zur hausärztlichen Versorgung von den Gästen beantwortet werden.

Das Hearing zur Hausärztlichen Versorgung wird von Vorsitzender Kalveram für erledigt erklärt.

2. Bilanz Bürgerarbeit

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.1656 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Bürgerarbeiter*innen sind insgesamt beschäftigt worden und nach welchen Kriterien wurden diese ausgewählt?
2. Wie häufig wurde die Bürgerarbeit vorzeitig beendet?

3. Wie oft erfolgte die Beendigung innerhalb der ersten 12 Wochen, wie oft innerhalb eines halben Jahres, wie oft vor Ablauf eines Jahres und aus welchen Gründen (Angabe der Beendigungsgründe bitte aufgesplittet nach Dauer der Bürgerarbeit)?
4. Wie häufig war die Verweigerung eine Bürgerarbeit anzunehmen oder die vorzeitige Beendigung der Bürgerarbeit der Grund für Leistungskürzungen oder Streichungen?
5. Wie viele Bürgerarbeiter*innen hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung, wie viele hatten ein (Fach-)Hochschulstudium oder eine Technikerschule abgeschlossen?
6. Wie viele Bürgerarbeiter sind in der Bürgerarbeit ausbildungsadäquat beschäftigt worden?
7. Wie viele Bürgerarbeiter*innen haben innerhalb der ersten drei Monate nach Ende der Bürgerarbeit eine unbefristete Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten?
8. Wie viele dieser unbefristet beschäftigten ehemalige Bürgerarbeiter*innen sind vollzeitbeschäftigt, wie viele arbeiten in Teilzeit, wie viele in Leiharbeit, wie viele haben Minijobs?
9. Wie viele der ehemaligen Bürgerarbeiter sind derzeit arbeitslos, in Rente, in Maßnahmen oder arbeiten im Bundesfreiwilligendienst oder in Jobs mit Mehraufwandsentschädigung?
10. Warum haben sich weder die Stadt noch das Jobcenter bemüht das Angebot des Bewerbungstreffs Wesertor aufrecht zu erhalten, z.B. durch Beantragung von ESF-Fördergeldern(BIWAQ)?
11. Welchen Ersatz bieten Stadt oder Jobcenter für das durch Wegfall der Bürgerarbeit ausgelaufene Angebot des Bewerbungstreffs Wesertor?
12. Wie häufig kommt es zu Sanktionsandrohungen gegen Erwerbslose wegen nach Ansicht des Jobcenters nicht ausreichender Bemühungen um Arbeit und wie häufig wird tatsächlich sanktioniert?
13. Prüft das Jobcenter, ob die Ursache für die nicht ausreichenden Bemühungen eine körperliche oder seelische Erkrankung ist oder ob der/die Erwerbslose überhaupt in der Lage ist ohne Hilfe eine Bewerbung zu schreiben?

Die schriftliche Antwort des Magistrats wurde den Mitgliedern des Ausschusses mit der Einladung zur Sitzung übersandt. Nachfragen werden von Stadtrat Geselle und Frau Ute Pähns, Sozialamt, beantwortet.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Geselle und Frau Pähns, Sozialamt, erklärt Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.

3. Jägerkaserne

5 von 7

Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler
- 101.17.1701 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, schnellst möglich mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Kontakt aufzunehmen, um von dort für das Flüchtlingsheim in der Jägerkaserne die Zustimmung zu erreichen, einen Kinderspielplatz auf dem Gelände der Jägerkaserne zu errichten.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Jägerkaserne, 101.17.1701, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Sprafke

4. Umsetzung TASK

Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.17.1709 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Projekte konnten aus Forschungsergebnissen der Universität in Kasseler Sportvereinen oder für den Kasseler Freizeitsport umgesetzt werden?
2. Wie wurden Kasseler Sportvereine zur Vermittlung von Anwendungen angesprochen?

3. Welche Vermittlungen von Anwendungen konnten in Kasseler Schulen und KITAS realisiert werden? 6 von 7
4. Welche Möglichkeiten hat TASK genutzt, um Freizeitsport zu erreichen?
5. Welche weiteren Akteure konnte TASK für die Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen gewinnen?
6. Wie ist die wirtschaftliche Bilanz von TASK?
7. Welche Investitionen sind für TASK geplant?

Stadtverordneter Mijatovic, Fraktion B90/Grüne, begründet die Anfrage seiner Fraktion die im Anschluss von Stadtrat Geselle beantwortet wird. Die schriftliche Antwort wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Geselle erklärt Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.

- 5. Sportförderung durch die Modellregion Integration**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1711 -

Abgesetzt

- 6. Sporthalle Marbachshöhe**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1716 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie weit sind die Planungen zur Sanierung der Sporthalle Marbachshöhe?
2. Wie hoch werden die für die Sanierung erforderlichen Kosten sein?

Stadtrat Geselle beantwortet die Anfrage und sagt die schriftliche Antwort als Anlage zur Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Geselle erklärt Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.

7. Langzeitarbeitslosen Zugang zu guter Arbeit gewähren

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1719 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

8. ALG II-Bezieher*innen als Elternzeitvertretung oder für Krankheitsvertretung vorrangig einstellen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1720 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

9. Postversand des Jobcenters

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1721 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

10. Grenzwerte für die Miete bei Transferleistungsbezieher*innen

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1730 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19:01 Uhr

Esther Kalveram
Vorsitzende

Andrea Herschelmann
Schriftführerin

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

23. Februar 2015
1 von 1

Hearing Hausärztliche Versorgung

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.1550 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

In einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport im 1. Halbjahr 2015 sollen Fachkundige zum Thema „Hausärztliche Versorgung in Kassel“ berichten.

Als Fachkundige sollen eingeladen werden

- **ein*e Vertreter*in der Kassenärztlichen Vereinigung**
- **ein*e Vertreter*in des Gesundheitsamtes Region Kassel**
- ein*e Vertreter*in des Hausärzteverbandes (Kassel Stadt und Land)
- ein*e Vertreter*in des Weiterbildungsverbands für Allgemeinmedizin im Kasseler Bereich **und**
- ein*e Vertreter*in der AWO, um als Betreiber mehrerer Pflegeheime die zu erwartende hausärztliche Versorgung dort darzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Hearing Hausärztliche Versorgung, 101.17.1550, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin

AK
-16- über -V- und -IK *AK, 12.6.2015*



Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport am 10. Juni 2015

Stellungnahme zu TOP 1 Häusärztliche Versorgung in Kassel :

Bezugnehmend auf das wiederholt geführte Gespräch mit der kassenärztlichen Vereinigung Hessen, Beratungszentrum Kassel in der Karthäuser Straße, wird die hausärztliche Versorgung in der Stadt Kassel als gut versorgt angesehen. Die kreisfreie Stadt Kassel gehört zu einem einheitlichen Versorgungsbereich. Für diesen Versorgungsbereich als kleinste räumliche Einheit besteht ein Versorgungsgrad mit Hausärzten von über 110 %. Es liegt also derzeit eine Überversorgung vor.

Es zeichnen sich jedoch in Zukunft Entwicklungen ab, die Versorgungsstrukturen mittel- und langfristig verändern. So werden in den nächsten Jahren Hausärzte und Hausärztinnen altersbedingt aus und einen Nachfolger suchen. Bezogen auf die Stadt Kassel ist das deutschlandweite ärztliche Nachwuchsproblem zwar auch Realität, aber weniger besorgniserregend als auf dem Lande. Dennoch muss auf längere Sicht mit einer Abnahme der Hausärztdichte auch in Kassel gerechnet werden, da nicht alle Kassensitze, insbesondere in Einzelarztpraxen, wiederbesetzt werden können. In großen Städten wie Kassel ist mit einer zunehmenden Tendenz zur Konzentration von Hausarzt- und Facharztpraxen anstelle von Einzelpraxen zu rechnen. Dies kann zu Nachteilen in Form von längeren Wegen führen, aber auch zu Vorteilen z. B. für die Ärzte/Ärztinnen, die dort Teilzeitmöglichkeiten finden.

Hausarztpraxen in attraktiven Lagen sind besser vermittelbar als in weniger attraktiven Lagen, so dass es auch schon in der Vergangenheit dazu gekommen ist, dass Arztsitze innerhalb der Stadt verlegt oder in größere Arztpraxen bzw. in medizinische Versorgungszentren mit eingebracht wurden.

Gemäß § 75 Abs. 1 SGB V ist für die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in erster Linie die kassenärztliche Vereinigung des jeweiligen Bundeslandes zuständig.

Die kassenärztliche Vereinigung Hessen (KVH) hat allerdings keine rechtlichen Mittel, Ärztinnen oder Ärzte zur Niederlassung oder Tätigkeit in einer bestimmten Region zu zwingen. Städte und Landkreise erwarten aber, und fordern dies auch ein, dass die KVH Anreize zur Niederlassung in unterversorgten Gebieten setzt. Dazu stehen Städte und Landkreise über ihre Gesundheitsausschüsse beim Hessischen Landkreistag und Hessischen Städtetag in einem engen Austausch mit der KVH. Im Rahmen des Hessischen Gesundheitspaktes wurden bereits im ländlichen Raum zahlreiche Maßnahmen zur Förderung der hausärztlichen Versorgung im Rahmen von Anreizsystemen umgesetzt, z. B. Förderung der Famulatur, Ansiedlungsförderung, Stärkung der Weiterbildung in der Allgemeinmedizin, Förderung ehrenamtlicher Pendel- und Begleitdienste usw.

Die Stadt Kassel positioniert sich in der Bewerbung um haus-/fachärztlichen Nachwuchs mit einer exzellenten Infrastruktur und weiteren großstädtischen Anreizen.

Dr. Karin Müller

Vorlage Nr. 101.17.1656

13. April 2015
1 von 2

Bilanz Bürgerarbeit

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Bürgerarbeiter*innen sind insgesamt beschäftigt worden und nach welchen Kriterien wurden diese ausgewählt?
2. Wie häufig wurde die Bürgerarbeit vorzeitig beendet?
3. Wie oft erfolgte die Beendigung innerhalb der ersten 12 Wochen, wie oft innerhalb eines halben Jahres, wie oft vor Ablauf eines Jahres und aus welchen Gründen (Angabe der Beendigungsgründe bitte aufgesplittet nach Dauer der Bürgerarbeit)?
4. Wie häufig war die Verweigerung eine Bürgerarbeit anzunehmen oder die vorzeitige Beendigung der Bürgerarbeit der Grund für Leistungskürzungen oder Streichungen?
5. Wie viele Bürgerarbeiter*innen hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung, wie viele hatten ein (Fach-)Hochschulstudium oder eine Technikerschule abgeschlossen?
6. Wie viele Bürgerarbeiter sind in der Bürgerarbeit ausbildungsadäquat beschäftigt worden?
7. Wie viele Bürgerarbeiter*innen haben innerhalb der ersten drei Monate nach Ende der Bürgerarbeit eine unbefristete Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten?
8. Wie viele dieser unbefristet beschäftigten ehemalige Bürgerarbeiter*innen sind vollzeitbeschäftigt, wie viele arbeiten in Teilzeit, wie viele in Leiharbeit, wie viele haben Minijobs?
9. Wie viele der ehemaligen Bürgerarbeiter sind derzeit arbeitslos, in Rente, in Maßnahmen oder arbeiten im Bundesfreiwilligendienst oder in Jobs mit Mehraufwandsentschädigung?

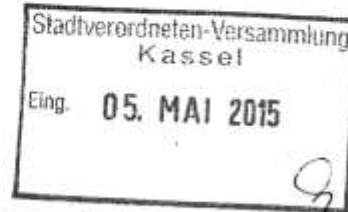
10. Warum haben sich weder die Stadt noch das Jobcenter bemüht das Angebot des Bewerbungstreffs Wesertor aufrecht zu erhalten, z.B. durch Beantragung von ESF-Fördergeldern(BIWAQ)?
11. Welchen Ersatz bieten Stadt oder Jobcenter für das durch Wegfall der Bürgerarbeit ausgelaufene Angebot des Bewerbungstreffs Wesertor?
12. Wie häufig kommt es zu Sanktionsandrohungen gegen Erwerbslose wegen nach Ansicht des Jobcenters nicht ausreichender Bemühungen um Arbeit und wie häufig wird tatsächlich sanktioniert?
13. Prüft das Jobcenter, ob die Ursache für die nicht ausreichenden Bemühungen eine körperliche oder seelische Erkrankung ist oder ob der/die Erwerbslose überhaupt in der Lage ist ohne Hilfe eine Bewerbung zu schreiben?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Axel Selbert
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Kassel, 29. April 2015

Anfrage der Kasseler Linke vom 13.04.2013
Vorlage Nr. 101.17.1656
Bilanz Bürgerarbeit



Die Anfrage beantworten wir wie folgt:

1. Frage:

Wie viele Bürgerarbeiter*innen sind insgesamt beschäftigt worden und nach welchen Kriterien wurde diese ausgewählt?

Antwort:

Insgesamt waren 111 Personen in der Bürgerarbeit beschäftigt. Interessierte Personen wurden durch die Integrationsfachkräfte in einem Interessentenpool aufgenommen. Angeboten wurde Bürgerarbeit in den Bereichen Hauswirtschaft, Soziales, Grün, Büro, handwerklich-technisch. Zur Teilnahme an der Beschäftigungsphase der Bürgerarbeit berechtigt waren erwerbsfähige Hilfebedürftige, die arbeitslos im Sinne des § 16 SGB III sind und Leistungen nach § 7 SGB II beziehen und eine mindestens 6-monatige Aktivierungsphase des Modellprojekts „Bürgerarbeit“ durchlaufen haben.

2. Frage:

Wie häufig wurde die Bürgerarbeit vorzeitig beendet?

Antwort:

Insgesamt wurde Bürgerarbeit fünfmal vorzeitig beendet.

3. Frage:

Wie oft erfolgte die Beendigung innerhalb der ersten 12 Wochen, wie oft innerhalb eines halben Jahres, wie oft vor Ablauf eines Jahres und aus welchen Gründen (Angabe der Beendigungsgründe bitte ausgesplittet nach Dauer der Bürgerarbeit)?

Antwort:

- Beendigung in den ersten zwölf Wochen: dreimal, davon zweimal durch Kündigung des Arbeitgebers und einmal mittels Auflösungsvertrages
- Beendigung zwischen drei Monaten und sechs Monaten: einmal (durch Kündigung des Arbeitgebers)
- Beendigung zwischen sechs Monaten und unter einem Jahr: einmal (durch Kündigung des Arbeitgebers).

4. **Frage:**

Wie häufig war die Verweigerung eine Bürgerarbeit anzunehmen oder die vorzeitige Beendigung der Bürgerarbeit der Grund für Leistungskürzungen oder Streichungen?

Antwort:

Hierzu können keine Angaben gemacht werden.

5. **Frage:**

Wie viele Bürgerarbeiter*innen hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung, wie viele hatten ein (Fach-)Hochschulstudium oder eine Technikerschule abgeschlossen?

Antwort:

Statistische Werte wurden hierzu nicht nachgehalten.

6. **Frage:**

Wie viele Bürgerarbeiter sind in der Bürgerarbeit ausbildungsadäquat beschäftigt worden?

Antwort:

Hierüber können keine Angaben getätigt werden.

7. **Frage:**

Wie viele Bürgerarbeiter*innen haben innerhalb der ersten drei Monate nach Ende der Bürgerarbeit eine unbefristete Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten?

Antwort:

Eine statistische Erhebung wurde hierzu nicht nachgehalten.

8. **Frage:**

Wie viele dieser unbefristet beschäftigten ehemaligen Bürgerarbeiter*innen sind vollzeitbeschäftigt, wie viele arbeiten in Teilzeit, wie viele in Leiharbeit, wie viele haben Minijobs?

Antwort:

Hierzu können keine Angaben gemacht werden.

9. **Frage:**

Wie viele der ehemaligen Bürgerarbeiter sind derzeit arbeitslos, in Rente, in Maßnahmen oder arbeiten im Bundesfreiwilligendienst oder in Jobs mit Mehraufwandsentschädigung?

Antwort:

Von 49 am Stichtag 07.05.2014 ausgeschiedenen Bürgerarbeiter*innen waren 15 integriert, davon zwei in Ausbildung, einer Selbständig und einer integriert aber hilfebedürftig. Drei Bürgerarbeiter*innen befanden sich im Rentenbezug, einer wurde wegen Wegfalls der Hilfebedürftigkeit abgemeldet. Dies entspricht einer Integrationsquote von 33,33 Prozent.

10. Frage:

Warum haben sich weder die Stadt noch das Jobcenter bemüht das Angebot des Bewerbertreffs Wesertor aufrecht zu erhalten, z. B. durch Beantragung von ESF-Fördergeldern (BIWAQ)?

Antwort:

Gleichwohl ein direkter Zusammenhang der Fragen 10 bis 13 mit der Anfrage vom 13.04.2015 „Bilanz Bürgerarbeit“ nicht erkennbar ist, werden die gestellten Fragen dennoch beantwortet:

Der Bewerbertreff Wesertor wird ab 01.06.2015 wieder angeboten. Eine Antwort auf Frage 11 ist somit entbehrlich.

11. Frage:

Welchen Ersatz bieten Stadt oder Jobcenter für das durch Wegfall der Bürgerarbeit ausgelaufene Angebot des Bewerbertreffs Wesertor?

Antwort:

Mit Antwort auf die Frage 10 bereits beantwortet.

12. Frage:

Wie häufig kommt es zu Sanktionsandrohungen gegen Erwerbslose wegen nach Ansicht des Jobcenters nicht ausreichender Bemühungen um Arbeit und wie häufig wird tatsächlich sanktioniert?

Antwort:

Informationen, wie häufig Anhörungen zum möglichen Eintritt einer Sanktion versendet werden, liegen nicht vor.

13. Frage:

Prüft das Jobcenter, ob die Ursache für die nicht ausreichenden Bemühungen eine körperliche oder seelische Erkrankung ist oder ob der / die Erwerbslose überhaupt in der Lage ist ohne Hilfe zu schreiben?

Antwort:

Ja.



Dr. Barthel
Stadtkämmerer

Vorlage Nr. 101.17.1701

12. Mai 2015
1 von 1

Jägerkaserne

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, schnellst möglichst mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Kontakt aufzunehmen, um von dort für das Flüchtlingsheim in der Jägerkaserne die Zustimmung zu erreichen, einen Kinderspielplatz auf dem Gelände der Jägerkaserne zu errichten.

Begründung:

Die Caritas als Betreiber dieses Flüchtlingsheimes hat eine Spende gezielt für die Errichtung eines Spielplatzes für das Heim erhalten. Bisher weigert sich die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, auf einem der reichlich vorhandenen Rasenflächen diesen zu errichten. Der Mietvertrag läuft noch ca. fünf Jahre, so dass auch bei einem Wechsel des Eigentümers eine ausreichend zeitliche Nutzung gewährleistet ist.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe

gez. Bernd W. Häfner
Fraktionsvorsitzender



Vorlage Nr. 101.17.1709

13. Mai 2015
1 von 1

Umsetzung TASK

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Projekte konnten aus Forschungsergebnissen der Universität in Kasseler Sportvereinen oder für den Kasseler Freizeitsport umgesetzt werden?
2. Wie wurden Kasseler Sportvereine zur Vermittlung von Anwendungen angesprochen?
3. Welche Vermittlungen von Anwendungen konnten in Kasseler Schulen und Kitas realisiert werden?
4. Welche Möglichkeiten hat TASK genutzt, um Freizeitsport zu erreichen?
5. Welche weiteren Akteure konnte TASK für die Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen gewinnen?
6. Wie ist die wirtschaftliche Bilanz von TASK?
7. Welche Investitionen sind für TASK geplant?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Boris Mijatovic

gez. Christine Hesse
Stellv. Fraktionsvorsitzende

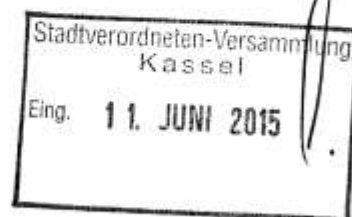
Sportamt

Kassel, 01. Juni 2015
Karsten Schwartz, Tel. 5271

An
-III-



Handwritten: 12.05.15



Anfrage zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport von Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Mai 2015, Vorlage Nr. 101.17.1709 zum Thema „Umsetzung TASK“

Die Fragen von Bündnis 90 /Die Grünen an den Magistrat beantworten wir wie folgt:

1. Welche Projekte konnten aus Forschungsergebnissen der Universität in Kasseler Sportvereinen oder für den Kasseler Freizeitsport umgesetzt werden?

In Kooperation mit Prof. Kibele und Dr.Dr. Vater vom Institut für Sport und Sportwissenschaft (IfSS), wurden erstmalig im Juni und Dezember 2014 Leistungs-Diagnostetests für die erste Mannschaft des KSV Hessen Kassel realisiert.

In Vorbereitung und kurz vor Umsetzung befindet sich ein wissenschaftlich fundiertes Ballsportkonzept gemeinsam mit Kasseler Schulen und der MT Melsungen.

Beide Projekte basieren auf der wissenschaftlichen Expertise des IfSS.

2. Wie wurden Kasseler Sportvereine zur Vermittlung von Anwendungen angesprochen?

Mit dem Fokus auf die Realisierung eines Talent- und Nachwuchsleistungszentrums in Nordhessen wurde zunächst der Kontakt zu Großvereinen wie KSV Hessen und MT Melsungen durch Gespräche mit den dortigen Verantwortlichen gesucht. Die Möglichkeiten von TASK wurden dort vorgestellt, Kooperationsideen beleuchtet. Von Anfang an war klar, dass TASK nur aktiv werden kann, wenn für mögliche Projekte auch die Mittel für eine Umsetzung vorhanden oder realisierbar sind. Kleinere Vereine wurden noch nicht angesprochen, da im Rahmen der

zur Verfügung stehenden Kapazitäten und der anstehenden Projektaufgaben weder Zeit, noch konkrete Projektideen seitens des IfSS, noch finanzielle Mittel aus Vereinen, o.ä. für eine Umsetzung vorhanden waren.

Realisiert wurde aber die Möglichkeit des Stellens von Projektanfragen auf der speziell für TASK eingerichteten Website. Weiterhin wurde das Konzept von TASK bei den letzten beiden Sportkonferenzen vorgestellt und die Kasseler Vereine gebeten, sich aktiv daran zu beteiligen.

3. Welche Vermittlungen von Anwendungen konnten in Kasseler Schulen und Kitas realisiert werden?

Entsprechende Vermittlungskonzepte sind in Arbeit. Das vom Sportamt Kassel initiierte Projekt „Sport in der Kita“ ist hierfür als Vorläufer anzusehen.

4. Welche Möglichkeiten hat TASK genutzt, um Freizeitsport zu erreichen?

TASK realisiert zur Zeit den ersten öffentlich zugänglichen Sport- und Gesundheitsparcours. Dazu wurden Mittel und Ausstattung in einem Wert von ca. 75.000 € akquiriert!

5. Welche weiteren Akteure konnte TASK für die Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen gewinnen?

TASK hat 2014 insgesamt 15 Projektideen verfolgt. Für eine erfolgreiche Umsetzung sind intensive Gespräche mit den beteiligten Akteuren notwendig, gefolgt von der Entwicklung einer TASK-relevanten Projektidee, der Erstellung eines Konzepts und die Klärung einer Finanzierung. Alles das bedeutet einen hohen Zeitaufwand. Gespräche fanden statt mit zwei Kliniken in Bezug auf Krebs-Reha, mit der Polizei bzgl. unkontrollierten Schusswaffengebrauchs, mit der KVG zur Busfahrergesundheit, mit dem Aha-Verein zum Thema Inklusion in Sportvereinen, mit Medizinproduktvertretern bezüglich eines Projekts für professionelle Regeneration, und einige mehr.

4 Projekte sind, bzw. befinden sich in Umsetzung, (KSV-Leistung, MT-Ballsport, Sport- und Gesundheitsparcours Sportamt, Website-Projekt) weitere Projekte sind in Planung. Einige Projekte erwiesen sich auch als nicht realisierbar.

Aus der Politik konnte TASK nach persönlichen Gesprächen und Präsentationen Unterstützungszusagen von Wolfgang Decker (Haushaltsausschuß Land Hessen), Ulrike Gottschalck (MdB, Haushaltsausschuß) gewinnen. Leider konnten daraus noch keine finanziellen Mittel generiert werden.

Die Idee der Projektleitung war hier eine finanzielle Perspektive für TASK 2016 ff. zu schaffen

und Projekte aus den Bereichen Integration, Inklusion und Motologie, auch vor dem Hintergrund eines Nordhessischen Nachwuchsleistungszentrums, mit Landes- und Bundesmitteln zu generieren und langfristig sportwissenschaftlich zu begleiten. Der Weg bis zu einer Umsetzung ist lang ...

6. Wie ist die wirtschaftliche Bilanz von TASK?

Absolut Positiv!

Auf der Ausgabenseite sind die Aufwendungen für die TASK Projektkoordination ja vertraglich fixiert und auch entsprechend eingehalten. Die Kosten haben sich Universität und Stadt geteilt.

Auf der Einnahmenseite sind bis auf die Bezahlung der Leistungsdiagnostiktests des KSV Hessen Kassel, bisher noch keine direkten Mittel eingenommen worden.

Allerdings wurde im Rahmen von akquirierten Sponsorings und Sponsoringzusagen die TASK-Website und TASK-Werbemittel mit einem Marktwert von ca. 15.000 € realisiert. Die Projektleitung konnte als 100% Sponsor dieser Leistungen die renommierte Agentur „Neue Formen“ gewinnen.

Darüber hinaus wurden für den „ersten Kasseler Sport- und Gesundheitsparcours“ Gerätesponsorings mit ca. 12-15 Geräten, plus eine einzigartige Calisthenics-Anlage im Gesamtwert von ca. 50.000 € (Fa. ESPAS) realisiert. Hinzu kommen Zusagen verschiedener Sponsoren und Spender aus der regionalen Wirtschaft mit einem Volumen von nochmals ca. 25.000 €, die für Einbau, Beschilderung, Eröffnungswoche etc. zweckgebunden sind. Die Eröffnung ist im Spätsommer 2015 geplant!

Auch das Ballsport-Schulprojekt zusammen mit der MT-Messungen wird zu 100% über Sponsoren der MT finanziert und läuft über vier Jahre. Nähere Angaben zu Volumen und Ablauf dieses Projekts kann Ihnen Prof. Scheid, IfSS machen.

7. Welche Investitionen sind für TASK geplant?

Die Frage kann von Dezernat -III- nicht beantwortet werden, da Zuständigkeit bei Dezernat -II- liegt.

i. V.

Schwartz

Vorlage Nr. 101.17.1711

19. Mai 2015
1 von 1

Sportförderung durch die Modellregion Integration

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

Inwiefern beteiligt sich die Modellregion Integration an der Förderung des Sports für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Bodo Schild

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1716

19. Mai 2015
1 von 1

Sporthalle Marbachshöhe

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

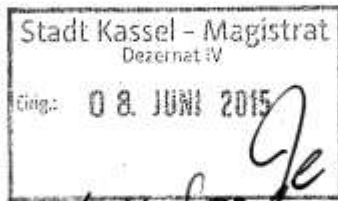
Wir fragen den Magistrat:

1. Wie weit sind die Planungen zur Sanierung der Sporthalle Marbachshöhe?
2. Wie hoch werden die für die Sanierung erforderlichen Kosten sein?

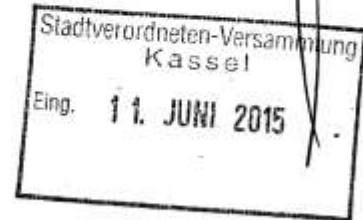
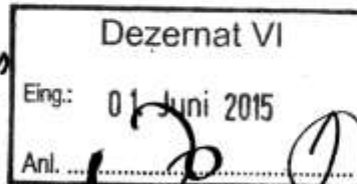
Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

28. April 2015
Herr Moog
Tel. 6054



An
-IV- über -VI-



Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport am 10. Juni 2015
Hier: Stellungnahme zur Anfrage der CDU-Fraktion „Sporthalle Marbachshöhe“;
Vorlage Nr. 101.17.1716

Die CDU-Fraktion fragt den Magistrat:

1. *Wie weit sind die Planungen zur Sanierung der Sporthalle Marbachshöhe?*
2. *Wie hoch werden die für die Sanierung erforderlichen Kosten sein?*

Antwort:

Die notwendige Sanierung der Sporthalle Marbachshöhe ist in der mittelfristigen Finanzplanung für 2018 mit 1.055.000 € und 2019 mit 211.000 € vorgesehen. Die über den bekannten Sanierungsbedarf hinausgehenden akut zutage getretenen Mängel an der Dachkonstruktion führten zur Sperrung der Sporthalle aus Sicherheitsgründen.

Finanzielle Spielräume in dieser Größenordnung zu Lasten anderer im laufenden Haushalt veranschlagter Hochbaumaßnahmen sind nicht vorhanden. Kurzfristige Handlungsoptionen bestehen derzeit nicht.

Hinweis: Obige Ausführungen entsprechen der Stellungnahme vom 20. April 2015 zum Antrag der FDP-Fraktion, Vorlage Nr. 101.17.1650, „Sporthalle Marbachshöhe“.

Axel Jäger



Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.17.1719

18. Mai 2015
1 von 1

Langzeitarbeitslosen Zugang zu guter Arbeit gewähren

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Kassel stellt bei gleicher Eignung vorrangig Langzeitarbeitslose ein.
2. Bei der Besetzung von Stellen in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, gilt dieser Vorrang nur in Bezug auf weibliche Langzeitarbeitslose.
3. Die Stadt Kassel wirkt bei den Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, darauf hin, dass dort vergleichbare Regelungen eingeführt werden.

Begründung:

Von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt haben die Langzeitarbeitslosen bisher kaum profitiert. In der freien Wirtschaft haben Langzeitarbeitslose selbst bei guter bis sehr guter Qualifikation auf absehbare Zeit kaum Chancen auf eine dauerhafte Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Daher ist es nötig, dass die öffentliche Hand sich bei der Integration dieses Personenkreises in den ersten Arbeitsmarkt stärker engagiert.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Axel Selbert
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1720

18. Mai 2015
1 von 2

**ALG II-Bezieher*innen als Elternzeitvertretung oder für Krankheitsvertretung
vorrangig einstellen**

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Die Stadt Kassel stellt als Elternzeitvertretung, zur Vertretung bei längeren krankheitsbedingten Ausfällen und für die Beschäftigung in zweckbefristeten Anstellungen vorrangig ALG II-Bezieher*innen ein.
- 2) Bei der Besetzung von Stellen in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, gilt dieser Vorrang nur in Bezug auf weibliche ALG II-Bezieher*innen.
- 3) Falls die an der ausgeschriebenen Stelle bzw. den ausgeschriebenen Stellen interessierten ALG II-Bezieher*innen die Qualifikationsanforderungen nicht vollständig erfüllen, soll eine adäquate Weiterbildung erfolgen.
- 4) Vor Beginn entsprechender Qualifizierungsmaßnahmen soll geprüft werden, ob die Kosten hierfür ganz oder teilweise vom Land, vom Bund, der EU oder einer anderen öffentlichen Stelle übernommen werden können.
- 5) Die Stadt Kassel wirkt bei den Unternehmen an denen sie beteiligt ist darauf hin, dass dort vergleichbare Regelungen eingeführt werden.

Begründung:

Selbst bei guter bis sehr guter Qualifikation haben viele ALG II-Bezieher*innen auf absehbare Zeit kaum Chancen auf eine dauerhafte Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt, da sie nicht über die für eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt in der Regel unerlässliche praktische Berufserfahrung verfügen oder diese aufgrund einer längeren Erwerbsunterbrechung nicht mehr aktuell ist. Daher ist es nötig, dass die öffentliche Hand sich bei der Integration dieses Personenkreises in den ersten Arbeitsmarkt stärker engagiert. Die Anstellung als

Elternzeitvertretung oder als Vertretung im Krankheitsfall bzw. eine befristete Anstellung im Rahmen eines Projektes ist eine gute und vergleichsweise kostengünstige Möglichkeit, den ALG II-Bezieher*innen die nötige praktische Berufserfahrung zu verschaffen um im Anschluss eine reguläre, ausbildungsadäquate Beschäftigung zu finden, die dauerhaft ein Leben ohne staatliche Unterstützung ermöglicht.

2 von 2

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Axel Selbert
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.17.1721

18. Mai 2015
1 von 1

Postversand des Jobcenters

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

- 1) Welche verschiedenen Varianten des Postversands werden vom Jobcenter der Stadt Kassel genutzt?
- 2) Warum sind mittlerweile die meisten Briefe auf dem Umschlag nicht mehr mit einem Datumsstempel versehen?
- 3) Von welcher Postlaufzeit wird bei den Briefen, die das Jobcenter versendet, ausgegangen?
- 4) Wie häufig werden Sanktionen angedroht, weil ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft
 - a) sich nicht rechtzeitig auf einen Vermittlungsvorschlag des Jobcenters beworben hat
 - b) nicht zum Termin beim Jobcenter erschienen ist
 - c) nicht zu einer Maßnahme erschienen ist?
- 5) Wie häufig wird tatsächlich sanktioniert?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Axel Selbert
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1730

1. Juni 2015
1 von 1

Grenzwerte für die Miete bei Transferleistungsbezieher*innen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Die Grenzwerte für Grundmiete und Betriebskosten wurden zuletzt 2013 angepasst. Wann ist eine erneute Anpassung an die gestiegenen Mieten vorgesehen?
2. In wie vielen Fällen hat das Jobcenter in den letzten drei Jahren Unterkunftskosten, die oberhalb der Grenzwerte liegen übernommen, da ein Umzug aufgrund erfolgloser Wohnungssuche nicht möglich war? In wie vielen Fällen war der Zeitraum länger als 6 Monate?
3. Wie viele TransferleistungsbezieherInnen wohnen laut den Grenzwerten des Jobcenters in unangemessenen Wohnungen? Bitte auch für die letzten drei Jahre und nach Haushaltsgröße aufschlüsseln.
4. Bei wie vielen Haushalten werden die Kosten der Unterkunft nicht vollständig übernommen und aus welchem Grund bzw. welchen Gründen (bitte jeweils die Anzahl der Fälle angeben auf die der entsprechende Grund zutrifft und nach Haushaltsgrößen aufschlüsseln)?
5. Wie viele Mietbescheinigungen sind in den Jahren 2011, 2012, 2013, 2014 und 2015 jeweils verschickt worden und wie hoch waren die Kosten hierfür insgesamt pro Jahr unter Berücksichtigung der für die Bearbeitung der Mietbescheinigungen entstandenen Personalkosten, der Versandkosten und der Kosten für Papier, Briefumschläge etc.?
6. In wie vielen Fällen und aus welchen Gründen haben sich durch die Angaben in den Mietbescheinigungen Kürzungen für die Leistungsbezieher ergeben?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Axel Selbert
Fraktionsvorsitzender